

**seduta n. 159 del 8 giugno 1998**

**Vorsitz Präsident Peterlini**  
**Presidenza del Presidente Peterlini**

(ore 15.08)

**PRÄSIDENT:** Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

**DENICOLO:** *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*  
*(Segretario):(fa l'appello nominale)*

**PRÄSIDENT:** Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Frasnelli, Taverna, Andreotti, Munter und Valduga. Ich bitte um Verlesung des Protokolls.

**DENICOLO:** *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*  
*(Segretario):(legge il processo verbale)*

**PRÄSIDENT:** Sind Wortmeldungen zum Protokoll? Keine, dann gilt das Protokoll als genehmigt.

**Mitteilungen:**

Mit Schreiben vom 12. Mai 1998 hat die Regionalratsabgeordnete Wanda Chiodi in ihrer Funktion als Fraktionssprecherin des PDS im Regionalrat mitgeteilt, daß die Ratsfraktion ab 11. Mai 1998 folgende neue Bezeichnung trägt: „Democratici di Sinistra del Trentino“.

Mit Schreiben vom 26. Mai 1998 hat der Regionalratsabgeordnete Mauro Leveghi, Vorsitzender der Regionalratsfraktion PSDI, mitgeteilt, daß ab genanntem Datum die Ratsfraktion die Bezeichnung „Socialisti Democratici Italiani (SDI)“, trägt.

Am 2. Juni 1998 haben die Regionalratsabgeordneten Guido Gasperotti, Roberto Pinter und Renzo De Stefani den Beschlußantrag Nr. 210 betreffend die italienische Staatsbürgerin Silvia Baraldini, die seit 16 Jahren in den USA inhaftiert ist, eingebracht. Es sind folgende Anfragen eingebracht worden:

die Anfrage Nr. 422, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Kury und Zendron, betreffend die von der Handelskammer im Jahre 1997 vorangetriebene Werbetätigkeit;  
die Anfrage Nr. 423, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Divina, Boldrini und Tosadori: „Zu viele ungerechtfertigte und leichtfertig vergebene Beiträge der Region: Sind sie ordnungsgemäß und korrekt?“;

die Anfrage Nr. 424, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend die Namen und den Funktionsrang der Bediensteten der Region Trentino-Südtirol, die öffentliche Ämter bekleiden;

die Anfrage Nr. 425, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Minniti: „Besteht eine Verflechtung von Geschäft und Politik im Zusammenhang mit den Beiträgen, die Franz Pahl einem Verein gewährt hat, dessen Präsident er war?“;

die Anfrage Nr. 426, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Divina, Boldrini und Tosadori: „Wer hat aus der Transaktion Sepi 2 - Brennerautobahn AG tatsächlich den Gewinn gezogen?“;

die Anfrage Nr. 427, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Taverna, betreffend den „Kommentar zu den Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut“, der vom Regionalausschuß und der juristischen Fakultät der Universität Trient geplant und ausgearbeitet worden ist.

Es sind folgende Anfragen beantwortet worden:

die Anfrage Nr. 403, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter: „Die Hilfsbeiträge der Region werden in zentralistischer Weise vergeben, obwohl die Bestimmungen eine Absprache mit den beiden Provinzen vorsehen.“;

die Anfrage Nr. 405, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Dalbosco: „Warum gibt es entlang der Brennerautobahn so wenig Hecken?“;

die Anfrage Nr. 418, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Holzmann, betreffend eine Veranstaltung des Vizentiner Kammerchors, die von der Region gesponsert und von Assessor Pahl organisiert worden ist.

Der Text der Anfragen Nr. 403, 405 und 418 und die jeweiligen schriftlichen Antworten bilden integrierenden Bestandteil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

Damit kommen wir zur heutigen Tagesordnung, die infolge einer außerordentlichen Einberufung festgelegt worden ist, zum Gesetzentwurf Nr. 57: „Bestimmungen zur direkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung der Region Trentino-Südtirol“, eingebracht aufgrund eines Volksbegehrens. Wie Sie wissen, ist der Gesetzentwurf von der Regierung rückverwiesen worden. Ordnungsgemäß verlese ich das Rückverweisungsschreiben der Regierung:

Mir Bezug auf das obgenannte Schreiben teile ich Ihnen mit, daß die Regierung den oben angeführten Gesetzentwurf zur neuerlichen Prüfung an den Regionalrat rückverwiesen hat.

Die Regierung hat nämlich in der Ministerratsitzung vom 23. Dezember 1997 den Art. 2 Abs. 1, 2 und 3 sowie den damit zusammenhängenden Art. 4 des Gesetzentwurfes beanstandet, da „die darin enthaltene Bestimmung nicht unter die gesetzgebende Zuständigkeit der Region fällt und im Widerspruch zu den Bestimmungen des Autonomiestatutes steht. Jeder Wähler kann laut der genannten Bestimmung in den vorgesehenen Fällen einen Antrag zur Durchführung einer Volksabstimmung über einen aufgrund eines Volksbegehrens eingebrachten Gesetzentwurf stellen, so daß der positive Ausgang der Volksabstimmung einer Genehmigung durch den Regionalrat bzw. durch die Landtage gleichkommen würde. Im Autonomiestatut ist jedoch vorgesehen, daß die Gesetzgebungsbefugnis beim Regionalrat und den beiden Landtagen liegt. Die Möglichkeit, über Gesetzentwürfe eine Volksabstimmung mit beschließenden Charakter abzuhalten - was im allgemeinen von der geltenden Verfassung ausgeschlossen ist -, müßte somit in einer entsprechenden Bestimmung im Statut enthalten sein, was sich

jedoch aus dem Wortlaut des Art. 60 des Autonomiestatutes nicht ausdrücklich ableiten läßt.“

Ich sende Ihnen somit die drei Exemplare des rückverwiesenen Gesetzentwurfes ohne Sichtvermerk wieder zurück.

für den REGIERUNGSKOMMISSÄRE  
der stellvertretende Vizepräsident  
(S. Juni)

Dazu möchte ich Ihnen mitteilen, daß die Promotoren des Gesetzentwurfes heute am Nachmittag vor Beginn der Sitzung in müdlicher Form und bereits zuerst in schriftlicher Form - die Unterlagen habe ich Ihnen übermittelt - ihren Standpunkt zur Rückverweisung dargelegt haben und zwei Folgerungen daraus ziehen (die Standpunkte und die Begründungen können Sie nachlesen): einmal wünschen sie sich, daß der Regionalrat zur Bekräftigung der eigenen Autonomie und zur Bekräftigung auch der in den Worten zum Ausdruck gebrachten Meinung des Regionalrates einen sogenannten Beharrungsbeschluß faßt. Sollte wegen mangelnder Mehrheit dies nicht möglich sein - Sie wissen, daß ein Beharrungsbeschluß 36 Ja-Stimmen braucht -, haben die Promotoren einen Abänderungsantrag vorgelegt, der von mir als Präsident des Regionalrates auch formal eingereicht worden ist, ohne mich mit dem Inhalt zu identifizieren bzw. der politischen Diskussion vorgreifen zu wollen.

Diese Unterlagen haben Sie alle, so daß wir jetzt also in das Meritum der Diskussion eintreten können. Seitens des Ausschusses ist kein Bericht vorgesehen, vorgesehen ist nur die Rückverweisung, die habe ich Ihnen vorgelesen und damit eröffne ich die Debatte. Die Entscheidung, ob es zu einem Beharrungsbeschluß kommen soll oder zu einer Abänderung werde ich Ihnen nach Abschluß der Generaldebatte und bei positivem Ausgang - sonst hat es keinen Sinn - des Übergangs zur Sachdebatte in Form einer Prinzipienfrage vorlegen, wie von den Fraktionssprechern heute am Nachmittag vorgeschlagen worden ist.

Aber das ist jetzt nicht Thema des Procedere, Kollege Pinter, sondern jetzt reden wir über das Meritum, weil das Procedere eventuell bei Beginn der Sachdebatte beschlossen werden sollte. Bevor wir ins Meritum der Abänderungsanträge gehen, sollte diese Frage geklärt werden, weil wenn es zu einem Beharrungsbeschluß kommen sollte, dann dürfte ja kein Abänderungsantrag angenommen werden. Abg. Pinter, passen Sie bitte auf bevor Sie polemisieren. Die Überlegung, die der Abg. Palermo im Fraktionssprecherkollegium dargelegt hat, war, daß man in der Sachdebatte, bevor man zu den Abänderungsanträgen kommt, klärt: Wollen wir einen Beharrungsbeschluß oder nicht, weil wenn man einen Beharrungsbeschluß will, man dann nichts abändern darf. Deshalb ist diese Entscheidung notwendig, aber das nachher und nach Übergang zur Sachdebatte.

Inzwischen eröffne ich die Generaldebatte und zu Wort gemeldet hat sich Abg. Pinter. Prego, consigliere.

**PINTER**: Grazie, Presidente. Voglio partire da questo suo annuncio, rispetto la opportunità di chiarire, al termine della discussione generale, se quest'Aula vuole procedere con una delibera di mantenimento del disegno di legge come era stato approvato o se invece vuole procedere agli emendamenti correttivi.

Credo che la cosa da farsi, Presidente, sia semplicemente quella che tutti i gruppi politici intervengano e dicano cosa vogliono, in questo modo avremo di fatto una sorta di sondaggio-valutazione su quale è l'orientamento prevalente dell'Aula, anche perché per una delibera ci vogliono 36 voti e quindi se è evidente dalle dichiarazioni dei capigruppo che non esiste questa maggioranza, a questo punto il Consiglio sa che, a meno che non voglia un voto esclusivamente politico, deve optare per la modifica del deliberato che noi avevamo a suo tempo approvato.

In conclusione di questa premessa, credo quindi che dobbiamo invitare tutti i gruppi a prendere posizione su questa questione e di procedere evitando ulteriori forzature, nel senso che non credo sia il caso di usare voti di principio su una questione che può essere risolta con il voto d'Aula in modo tranquillo.

Per quello che riguarda il merito, dico subito che da un punto di vista della coerenza, rispetto al nostro deliberato, dovremmo persistere nelle nostre volontà, sappiamo tutti che questa legge è stata votata in modo tale che ci sono indubbiamente delle grosse carenze dal punto di vista della completezza legislativa, quindi mancano senz'altro i primi articoli che fissano i principi di questa legge e allora questo richiederebbe indubbiamente di mettere mano alla legge stessa. Allora forse da questo punto di vista penso sarebbe utile correggere il deliberato, anche se torno a dire che sarei molto interessato a sollevare il conflitto davanti alla Corte costituzionale, perché non credo che il Governo abbia ragione, nel momento in cui ritiene di respingere questo disegno di legge, sulla base della non previsione costituzionale.

Credo che la Costituzione non impedisca, né lo impedisce il nostro statuto di autonomia, di introdurre il referendum non semplicemente abrogativo, quindi propositivo e allora credo che dovremo resistere davanti alla Corte costituzionale, perché credo che l'atto del governo sia arbitrario e non giustificato. Al tempo stesso dobbiamo fare i conti con quelle che sono le volontà di quest'Aula, che ha approvato a stretta maggioranza il disegno di legge e quindi credo che se i gruppi, soprattutto quelli maggioritari, confermeranno la volontà di non persistere con il disegno di legge come era stato approvato, credo che dovremo sostenere quegli emendamenti, così come ci erano stati suggeriti dai proponenti del disegno di legge, in tal senso mi sono premurato di presentarli formalmente e quindi se non c'è una chiara dichiarazione favorevole alla delibera di sostegno da parte dei gruppi, credo che dobbiamo optare per la seconda strada e quindi cercare di completare il disegno di legge e modificarlo laddove sono state sollevate delle perplessità e delle obiezioni.

Concludo, perché penso dovremo arrivare al dunque ben presto su questa legge, perché ne abbiamo già parlato a sufficienza come discussione generale: credo che il principio introdotto dal disegno di legge, quello della partecipazione diretta dei cittadini, sia molto importante, che sia non soltanto utile, ma doveroso che venga istituito il referendum propositivo e non semplicemente consultivo e non unicamente

abrogativo, credo sia un atto essenziale per qualsiasi democrazia matura e quindi da questo punto di vista riconfermo il mio deciso sostegno al disegno di legge, pur prendendo atto che così come votato dall'Aula presenta qualche carenza che andrebbe modificata e corretta.

In conclusione rinnovo l'invito ai gruppi, soprattutto quelli più consistenti, a dichiarare subito qual è la loro volontà politica circa la sostegno, perché noi abbiamo purtroppo bisogno di 36 voti per mantenere il nostro deliberato e se non abbiamo questi voti credo che dobbiamo subito procedere alla correzione del testo, accogliendo gli emendamenti così come sono stati formulati.

**PRÄSIDENT:** Danke, Abg. Pinter. Die nächste Rednerin ist die Abg. Zendron. Sie hat das Wort.

**ZENDRON:** Grazie Presidente. Noi che abbiamo sostenuto, appoggiato e votato un po' di tempo fa questo disegno di legge, ci troviamo oggi ad una difficile scelta, da un lato vorremo riapprovare questo disegno di legge, così come lo ha approvato l'Aula e nonostante siamo consapevoli che la mancanza degli artt. 1 e 2 lo rende un po' zoppo, ma sono convinta, avendo letto le osservazioni del Governo, che queste osservazioni lasciano un margine su cui sarebbe opportuno che si esprimesse la Corte costituzionale e questo lo dico consapevole del fatto che in questi ultimi mesi, anche con il lavoro messo in archivio dal Parlamento, ma fatto all'interno della commissione Bicamerale per le riforme costituzionali, anche lì è emersa in forma nuova e diversa l'ipotesi di un referendum.

Quindi si tratta di una materia che non fa parte di questi principi che non si possono toccare, è sicuramente una materia su cui c'è una discussione aperta e quindi la scelta è immediata, è la prima che ci propongono anche i presentatori della legge, coloro che hanno raccolto le firme, che hanno presentato il disegno di legge, il nostro compito è fare una delibera di sostegno e presentare la legge davanti alla Corte costituzionale, però siamo consapevoli - adesso lo dico in quanto persona che ha sostenuto questa legge nel suo iter - che c'è una dura opposizione da una parte dell'Aula, in particolare del gruppo dello SVP, una contrarietà di principio che ha fatto sì che questo gruppo si sia espresso, sia con voto che nelle parole del capogruppo, con estrema ostilità verso la legge.

Quindi temo che non abbiamo il numero dei voti sufficiente a comporre quella maggioranza assoluta di 36 voti, che è necessaria.

Allora qui la seconda ipotesi, ho detto che siamo di fronte ad una difficile scelta, una scelta è quella di dire: proviamo a fare la delibera di sostegno, ma con il rischio che l'Aula stessa bocci il disegno di legge ed addirittura non permetta questo giudizio davanti alla Corte costituzionale, che invece sarebbe probabilmente opportuno, perché può darsi che apra, sulla base dell'art. 60 dello statuto, un'interpretazione diversamente ed interpretata secondo anche quel concetto che dovrebbe essere normale nella legge, che è quello che la legge non vieta è permesso e non il contrario e cioè che quello che la legge prevede è l'unica cosa permessa e tutto il resto è vietato.

Quindi temiamo che sia la maggioranza, in particolare il gruppo dello SVP e suoi alleati, che non garantisce la maggioranza assoluta. Quindi ci rimane la seconda possibilità di scelta ed è quella di adeguare la legge, trasformandola, questo però non impedirebbe neppure la sostegno di introdurre gli artt. 1 e 2 che sono stati bocciati dall'Aula ed invece in questa seconda ipotesi più probabile si tratta di modificare il disegno di legge trasformando il referendum da deliberativo a consultivo.

Allora su questo vorrei dire che ovviamente si tratta di una cosa diversa, di una cosa più debole, che sicuramente non corrisponde a quelle che sono le massime aspirazioni dei proponenti ed anche del mio gruppo, tuttavia credo che bisogna essere in qualche modo realisti e qui lo dico lasciando anche uno spazio a quello che succederà oggi, perché non so come i gruppi ed i consiglieri si dichiareranno, può anche darsi che in quest'Aula gruppi e consiglieri si dichiarino a favore del disegno di legge e quindi si manifestino davvero le condizioni per una delibera di sostegno, non lo voglio escludere, questo lo potremo giudicare alla fine del dibattito.

Stante le cose e memore della discussione sulle posizioni avvenuta a suo tempo, anche se si sono manifestate nel dibattito politico pubblico, credo che la seconda ipotesi sia la più praticabile. Perché lo dico? Perché qualcuno si esprimerà e dirà che non è rimasto quasi niente. Penso che abbiamo un grandissimo bisogno di democrazia "diretta", cioè di favorire la partecipazione dei cittadini alla cosa pubblica, non solo perché la democrazia rappresentativa ha delle forti lacune e lo vediamo dai comportamenti, sappiamo degli insuccessi che complessivamente ci sono nel funzionamento, ma questo dovrebbe portare ad uno sforzo per migliorare la forma anche della democrazia rappresentativa.

Tuttavia le forme di partecipazione diretta dei cittadini, all'interno di un sistema di democrazia rappresentativa, costituiscono uno stimolo forte alle istituzioni, costituiscano uno stimolo a coloro che fanno politica all'interno degli organi istituzionali e questo mi sembra una cosa innegabile, se pensate l'unica grande riforma che c'è stata, che ha portato a dei cambiamenti profondissimi all'interno della politica italiana, è stata l'approvazione del referendum sul maggioritario, anche se era una cosa un po' brutale, in cui i cittadini alla fine non venivano chiamati a giudicare se volevano il maggioritario o il proporzionale, ma se volevano che le cose continuassero così o cambiassero, i cittadini hanno capito il contenuto della portata del rinnovamento, credo che il voto di indirizzo sia stato forte e poi di fatto ha contribuito e portato all'unico cambiamento significativo che c'è stato, perché come vediamo le istituzioni non sono in grado di riformarsi da sole.

Anche questa seconda ipotesi, sia pure ridotta rispetto alle ambizioni iniziali, dà un segnale nel senso della partecipazione dei cittadini, ci piacerebbe che potesse essere la prima quella che ha la possibilità di essere approvata, perché sarebbe un atto di coraggio, sarebbe anche un atto di rivendicazione della possibilità, in base allo statuto di autonomia, di introdurre degli elementi di partecipazione dei cittadini, diversi da quelli che ci sono nel resto dell'ordinamento italiano e quindi di un utilizzo positivo dell'autonomia per allargare la partecipazione, per allargare la democrazia e non sempre, come di fatto oggi avviene, per ridurre la partecipazione.

Sappiamo che abbiamo approfittato dell'autonomia per aumentare la quota di firme necessarie per presentare i referendum comunali, abbiamo introdotto nella legge sugli statuti il referendum non obbligatorio, ma facoltativo, riduciamo l'autonomia dei comuni, tutti segnali per cui l'autonomia, invece che servire a trasferire verso il basso o verso il cittadino la possibilità di decidere, di fatto viene usata alla rovescia e quindi è difficile la scelta fra dire: proviamo e cerchiamo di usare il nostro statuto per aumentare la partecipazione, oppure quello di dare almeno un piccolo segnale che quest'Aula riconosce, chiede e vuole che ci sia un miglioramento della qualità della democrazia ed un aumento della partecipazione dei cittadini alle decisioni sulla cosa pubblica.

Vorrei fare ancora due osservazioni, una sul voto di principio che è stato proposto in capigruppo dal cons. Palermo e qui anche sostenuto dal Presidente Peterlini, ho qualche perplessità...

*(interruzione)*

**Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter**  
**Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE:** Chiedo scusa, collega, ho detto che in Aula non si usano i telefonini, prego l'usciera di prendere quel telefonino che suona e portarlo fuori dall'Aula!

Se ci siamo dati la regola di non usare il telefonino in Aula e di spegnerlo, credo vada rispettata questa regola!

Prego, collega Zendron.

**ZENDRON:** Grazie Presidente, ho quasi finito, abbiamo discusso tanto e credo che le argomentazioni sul merito siano note a tutti.

Voglio solo fare un'osservazione a proposito di questa proposta di votare dopo il passaggio alla discussione articolata per principi e cioè di votare per la delibera di sostegno o si vota per questa modifica. Devo dire che, come persona che è favorevole alla delibera di sostegno, ma che fa una scelta di carattere realista verso la seconda ipotesi, trovo che questo voto sia fuorviante. Prego il Presidente di considerare la possibilità di non fare un utilizzo troppo frequente di questo sistema, perché il disegno di legge ha un suo iter che non può essere...

*(interruzione)*

**PRESIDENTE:** Chiedo scusa, collega Zendron, per la seconda volta richiamo l'Aula a fare silenzio!

**ZENDRON:** Presidente, mi esprimerò per iscritto d'ora in poi!

Forse riesco a riprendere il discorso. Sono favorevole alla prima ipotesi, però la seconda obiettivamente mi sembra più realistica, allora nella votazione di

principio sarei costretta a votare contro quella che è la mia convinzione, cioè votare per la seconda ipotesi perché la trovo più realistica, perché qui si fa una scelta realistica, ma questo è fuorviante rispetto a quello che è l'obiettivo del voto per principi, che è stato recentemente introdotto e quindi direi che in questo caso in particolare non sia opportuno utilizzarlo. E' quello che stavo dicendo quando lei, Presidente, ha dovuto di nuovo interrompermi perché non mi sentiva, vorrei anche invitare il Presidente a farsi garante di un utilizzo parco di questo sistema, perché esso non può essere utilizzato per stravolgere quello che è l'iter normale previsto dalle leggi in tutti i parlamenti democratici, che è un iter ben consolidato.

Quindi direi che sia opportuno non adottare questo sistema in questo caso in particolare ed in generale farne un uso estremamente scarso.

L'ultima osservazione che vorrei fare, che ritorna un po' all'inizio, è che penso sia importante sentire quali siano le prese di posizione dei gruppi, perché abbiamo saputo oggi una notizia curiosa: il capogruppo dello SVP, che ha fatto una battaglia infuocata contro questa legge, ha molto curiosamente presentato un disegno di legge che introduce forme di democrazia diretta all'interno del Consiglio provinciale. Ha sbagliato posto ovviamente, perché credo non sia competenza del Consiglio provinciale, però ci sono delle contraddizioni che sarebbe opportuno venissero fuori in quest'Aula.

Credo che chi vota a favore di questa legge in una forma o nell'altra - ovviamente mi auguro che qui ci sia una stragrande maggioranza che dica di fare la delibera di sostegno - sia chi vuole che la nostra democrazia migliori e noi ne abbiamo un grandissimo bisogno.

**PRESIDENTE:** Colleghi vi prego ancora una volta di fare silenzio!

Ha chiesto di intervenire il cons. Morandini, ne ha la facoltà.

**MORANDINI:** Ritorniamo a parlare di un importante intervento in materia di democrazia diretta su cui ci eravamo soffermati qualche seduta, nel senso di esaminare quali potevano essere le modalità legislative con le quali conferire dignità, non soltanto legislativa, ma anche amministrativa ad un istituto quale è quello della democrazia diretta.

Abbiamo già detto in quella sede, signor Presidente, che questo istituto di democrazia diretta riteniamo abbia tutta la sua dignità ed il suo fondamento costituzionale, per cui su questa materia e su questo aspetto riteniamo di non soffermarci, ricordando e sottolineando quanto allora avevamo detto ed evidenziando che è ormai già tardi intervenire, comunque mai sufficientemente in maniera efficace per dare finalmente dignità legislativa ed istituzionale alle forme di democrazia diretta, come è giusto che una moderna e matura democrazia vada a prevedere.

Siamo peraltro davanti oggi - e questo è il dato di novità - ad un rilievo del Governo che a nostro avviso, signor Presidente, parlo anche a nome del cons. Delladio, giuridicamente è insuperabile, in quanto il rilievo del Governo appunta la propria censura nel senso di negare l'esistenza oggi 'de jure condito' nell'ordinamento giuridico



italiano di un istituto, che in sostanza rappresenti e dia corpo al referendum, su cui il disegno di legge che stiamo riesaminando in seconda battuta voleva inserirsi.

Allora siamo di questa idea: di fronte ad un rilievo governativo assolutamente inappuntabile dal punto di vista giuridico, riteniamo che il realismo della politica, anche per non illudere i cittadini che giustamente pongono fondate speranze su una qualche forma, almeno quella oggi possibile di referendum, sia nel senso di consigliare di non percorrere la strada dell'affermazione di principio, perché questa a nostro avviso non serve a nulla, anche perché ritengo che difficilmente quest'Aula riuscirebbe a coagulare 36 voti favorevoli su questa proposta, che è il minimo che deve avere perché la proposta possa procedere ed invece siamo per sostenere il percorso della strada dell'emendamento correttivo, che sostanzialmente riconduce questa democrazia diretta a quello che oggi, alla luce del rilievo governativo, è possibile, cioè appunto quella del referendum consultivo.

Allora a questa proposta emendativa noi convintamente daremo il nostro sostegno, perché oggi è 'il giuridicamente' e penso anche 'il politicamente' a livello governativo possibile e quindi riteniamo che questa possa essere una strada realisticamente percorribile, diversamente la riaffermazione del principio se può, in linea teorica, soddisfare mere enunciazioni di principio, di fatto sul piano legislativo ed amministrativo, a nostro avviso, oltre a non ottenere nemmeno i 36 voti favorevoli del Consiglio di cui necessiterebbe, non riuscirebbe in sede governativa a superare il vaglio del Governo nazionale. Grazie.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il collega Palermo, ne ha la facoltà.

**PALERMO:** Mi permetto di dissentire dalle affermazioni che sono state poc'anzi fatte da alcuni colleghi, in quanto se personalmente mi ero dichiarato a favore del disegno di legge, così come era stato approvato dal Consiglio regionale, non mi sento di condividere l'impostazione di ridimensionare il testo, a seguito del rinvio del Governo del disegno di legge a questo Consiglio, cambiandone e svuotandone di contenuto tutto il suo significato.

Dagli emendamenti che sono stati presentati, in sostanza, si evince chiaramente che in luogo del referendum deliberativo, verrebbe sostituito questo istituto con un referendum di tipo consultivo, ma questo tipo di contenuto, di prescrizioni e di conseguenze che ne deriverebbero, mi pare sia del tutto privo di qualsiasi significato. Mettere in moto una macchina referendaria di consultazione popolare, per far sì che il Consiglio regionale solo e semplicemente abbia l'obbligo di discutere il disegno di legge, così come è indicato negli emendamenti, mi pare che veramente vorrebbe dire mascherare un fine non realizzato, con una mediazione improduttiva di risultati concreti.

Pertanto anche le osservazioni che sono state effettuate dal Governo non ritengo possano ritenersi preclusive di una nuova valutazione da parte del Consiglio regionale, nella sua originaria formulazione del disegno di legge, in quanto quel disegno di legge sottoponeva al Consiglio un particolare istituto, che aveva un senso, se approvato in quel determinato modo ed anche le argomentazioni che sono state a noi

sottoposte dal Governo non mi pare siano così univocamente prescrittrici di principi intangibili, contenuti nella costituzione.

Mi pare che le osservazioni che sono state fatte dal Governo, per i vari condizionali che sono ivi contenuti, lascino spazio ad una interpretazione che eventualmente può essere rimessa solo alla Corte costituzionale, nel caso in cui questo Consiglio regionale pervenga nuovamente alla approvazione dello stesso disegno di legge.

Ritengo quindi in conclusione che non si debba scendere a compromessi, svuotando di contenuto l'istituto, personalmente a questo sistema di procedere sarei personalmente contrario, laddove invece mi dichiaro fin d'ora disponibile ad una affermazione del potere del Consiglio regionale di riapprovare la legge, ovviamente se ve ne fossero le condizioni numeriche per approvarlo, però non ci si può far condizionare dalle assenze o dalle dichiarazioni di voto che sono oggi effettuate in Aula per poter scendere a compromessi sul contenuto del disegno di legge, o quello viene approvato, oppure mi pare veramente superfluo approvare una legge che consenta di mettere in moto un meccanismo, che poi di fatto risulta inutile.

Sono altresì favorevole a quella proposta, che peraltro ho già effettuato nella Conferenza dei capigruppo, di anteporre all'esame specifico del disegno di legge, quindi all'esito della discussione generale, la proposizione di un paio di quesiti all'Assemblea, sulla base di quell'interpretazione che da ultimo è stata adottata dal Presidente del Consiglio, per non far sì che si perda inutilmente tempo, ma si pervenga immediatamente alla volontà o di riapprovare il disegno di legge, oppure, solo nell'ipotesi in cui il Consiglio manifesti la sua volontà di emendare, di procedere all'esame degli emendamenti.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il collega Dalbosco, ne ha la facoltà.

**DALBOSCO:** Grazie signor Presidente. Anch'io conterrò in pochi minuti il mio intervento, a lungo abbiamo parlato di questa materia e sarebbe positivo rapidamente giungere ad una decisione da parte dell'Aula.

Circa i rilievi presentati dal Governo, credo che noi constatiamo come siamo in presenza di una materia, dove non esistono interpretazioni univoche, ma una cosa è certa, che la nostra Costituzione, nel suo art. 75, delinea in modo chiaro ed in senso restrittivo lo spazio dell'esercizio del referendum. Risulta opinabile peraltro la posizione che non essendo nella Costituzione previsto questo tipo di referendum, questo equivalga ad un divieto introdurlo in qualsiasi livello ordinamentale della Repubblica, certo crediamo che non sia cosa agevole e presenti qualche rischio l'introduzione a livello nazionale di un referendum di tipo deliberativo, propositivo a livello nazionale e non a caso i padri costituenti lo esclusero, perché se si va a consultare gli atti dell'Assemblea costituente, si vede che il tema venne trattato e non fu certo una dimenticanza l'esclusione del referendum propositivo.

In concreto questo tipo di referendum può servire a realizzare posizioni di tipo populistico, è difficile arrivare a portare un corpo elettorale di 50 milioni di cittadini

ad esprimersi in termini limpidi per mezzo dello strumento di un referendum non semplicemente abrogativo, però ciò che non segue, secondo noi, dall'art. 75 della Costituzione, è una sovrapposizione pura e semplice sull'art. 60 dello Statuto, altra realtà, altro corpo elettorale, altra strutturazione in concreto dei mezzi di informazione. Quindi è questo il passaggio, l'art. 60 è molto scarno, la legge regionale regola l'esercizio dell'iniziativa popolare ed il referendum per le leggi regionali e provinciali.

Quello che sembra veramente discutibile è che si trasponga la prudenza, che ha mosso i padri costituenti nel disciplinare nell'art. 75 il referendum per leggi nazionali, ma si trasponga a livello regionale. In questo senso il comitato promotore ed adesso l'Aula sarebbero chiamati ad esercitare prudenza e cautela certo, ma anche coraggio nello stesso tempo ed a far valere un principio di autonomia che può condurre a forme di democrazia più avanzate.

Allora senz'altro dobbiamo tenere conto di quelli che sono i rapporti all'interno di quest'Aula. Il disegno di legge n. 57 è stato barbaramente mutilato dalla volontà di una maggioranza, che alla fine non prevalse, di non portare in porto in modo coerente, determinato, anche dal punto di vista normativo pulito, quel disegno di legge, che così è rimasto storpiato, ad esempio, dei suoi primi articoli, relativi alle finalità della legge ed addirittura al chiarimento degli aventi diritto all'iniziativa di cui stiamo parlando.

Allora la via della delibera di sostegno sembra difficile da percorrere, a questo proposito però vorrei formulare una richiesta, così come i promotori hanno formulato la questione, parrebbe possibile abbinare la delibera di sostegno alla modificazione non solo tecnica, però limitata, ai primi articoli del disegno di legge respinto.

Mi pare che il Presidente Peterlini si sia già espresso a questo riguardo, però credo che un chiarimento tecnico definitivo sia necessario prima di procedere a discutere l'aut aut di fronte al quale ci troviamo. Se la sostegno significa il mantenere tale e quale il testo di legge, che come ho detto è mutilato rispetto alle intenzioni dei proponenti, noi crediamo che la strada più realistica sia quella degli emendamenti, non solo per completare il tessuto, che era stato ritagliato in malo modo nella seduta del Consiglio che portò all'approvazione della legge, ma anche la parte che raccoglie nella sostanza le cautele espresse dal Governo.

A questo proposito però noi chiediamo in quest'Aula al capogruppo dello SVP ed anche al capogruppo del partito che in Trentino fa riferimento a quella forza, quindi al cons. Binelli, di esprimersi con chiarezza se loro intendono contrastare anche la via prudente, quella degli emendamenti che raccolgono le obiezioni formulate dal Governo.

Egredi consiglieri, come abbiamo detto, si tratta di lavorare entro il quadro autonomista per avere delle regole più avanzate rispetto al resto d'Italia. Quante volte noi ci troviamo attardati, non forti dell'autonomia, ma indeboliti dall'esercizio dell'autonomia che non riesce a stare dietro alle proposte nazionali, questo lo vediamo molto spesso con il tardivo e nullo, in certi casi, recepimento di quelli che sono obblighi nazionali anche a distanza di anni. Allora credo che chi si fregia nel titolo del proprio

partito del nome di autonomista, dovrebbe assumere coraggiosamente le Konsequenzen di questa denominazione.

Francamente credo che noi, die wir haben unterstützt und gewählt, a differenza di voi, die wir den Entwurf des Gesetzes n. 57 und die wir jetzt, auch mit Vorsicht, wir wollen natürlich mitbringen, die wir die Substanz dieses Gesetzesentwurfs, wir sind die wahren Träger des Stolz des Autonomisten, zum Spott der Signale.

**PRESIDENTE:** Non ho alcuna prenotazione. Qualcun altro intende intervenire in discussione generale? Ha chiesto la parola il cons. Benedikter, ne ha facoltà.

**BENEDIKTER:** Der Artikel 75 der Verfassung sagt, daß eine Volksbefragung zwecks Abstimmung über die gänzliche oder teilweise Aufhebung eines Gesetzes oder eines Aktes mit Gesetzeskraft ausgeschrieben wird, wenn es 500.000 Wähler oder fünf Regionalräte verlangen. Also mit diesem Artikel 75 wird die Volksbefragung zwecks Abstimmung über die Aufhebung eines Gesetzes geregelt. In der Rückverweisung des Regierungskommissärs steht, daß sie in der Verfassung nicht geregelt sei und daher auch nicht mit Regionalgesetz eingeführt werden könne, obwohl das Autonomiestatut ganz allgemein - der Art. 60 des Autonomiestatuts - vorsieht: das Verfahren für das Volksbegehren und die Volksabstimmung über Regional- und Landesgesetze wird durch Regionalgesetz geregelt. Wenn man also eine Volksbefragung mit Regionalgesetz einführen möchte, ein Gesetz mit Gesetzeskraft, bräuchte es nach Ansicht der Regierung eine Bestimmung im Autonomiestatut, eine ausdrückliche Bestimmung im Autonomiestatut - una previsione statutaria esplicita che non sembra desumibile dalla generica formulazione dell' art. 60 - .

Das ist immerhin ein wertvolles Zugeständnis, daß es eine ausdrückliche Bestimmung bräuchte, aus der man es ableiten könnte, die nicht ableitbar ist aus der allgemeinen Fassung des Art. 60. Die Regierung selbst steht auf dem Standpunkt, daß sie ihrer Ansicht nach nicht ableitbar ist. Unsere Bestimmung, wo von Volksbegehren die Rede ist, sieht im Art. 60 das Verfahren für das Volksbegehren und die Volksabstimmung über Regional- und Landesgesetze vor - der italienische Text ist ja maßgebend: la legge regionale regola l'esercizio dell'iniziativa popolare e il referendum per le leggi regionali e provinciali. Da ist die Rede von Volksinitiative und Referendum für die Regional- und Landesgesetze. Also, meiner Ansicht nach ist es gemäß italienischem Text ableitbar. Es ist also nicht nur eine Stellungnahme zu Regional- und Landesgesetzen, sondern eben ein Volksbegehren und eine Volksbefragung für die Einführung von Regional- und Landesgesetzen.

Wie gesagt, meiner Ansicht nach wird nach der Auslegung der Gesetze, wie sie in Italien üblich ist und wie ich sie seit 50 Jahren erlebt habe, in der Verfassung, im Art. 75, nur die Tatsache geregelt, daß die Volksbefragung über die gänzlich oder teilweise Aufhebung eines Gesetzes möglich ist. Das wird geregelt, aber es steht nirgends, daß eine andere Volksbefragung nicht in Frage kommt und aufgrund der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes allgemein ist die Tatsache, daß in der Verfassung etwas nicht ausdrücklich geregelt wird, noch kein Umstand, daß es nicht

sein darf, rechtlich nicht sein darf, umso mehr wenn in Autonomiestatuten, die ja Verfassungsgesetze sind, allgemein von sogenannten Volksbefragungen die Rede ist. Also bei uns ist davon ganz allgemein die Rede und ebenso in den anderen Autonomiestatuten, denn ich frage mich: wie konnte sonst das Aostatal mit Gesetz regeln, daß mindestens 3000 Wähler verlangen können, daß über einen Gesetzentwurf, der unterwegs ist, das Volk befragt wird - über einen Gesetzentwurf, der nach der üblichen Prozedur unterwegs ist. Das Volk wird befragt wenn dieses Verlangen von wenigsten 3000 Wählern da ist. Wie es eben im Regionalgesetz des Aostatales vom 7. Mai 1975, Nr. 16 vorgesehen ist, muß der Regionalrat eine endgültige Entscheidung treffen bezüglich dieses Gesetzentwurfes, innerhalb von sechs Monaten nach Einbringen der Gesetzes. Also immerhin der Regionalrat muß Stellung nehmen zum Volksbegehren über ein regelrecht eingebrachtes Gesetz. Im Artikel 28 des aostanischen Autonomiestatutes ist schon die Rede davon, daß die sogenannte Initiative für Regionalgesetze auch von mindestens 3000 Wählern ergriffen werden kann und daß diese Initiative ausgeübt werden kann durch das Vorlegen eines Gesetzentwurfes durch mindestens 3000 Wähler und das ist dann näher geregelt.

In Sardinien besteht das Gesetz vom 17. Mai 1957, Nr. 20, wo vorgesehen ist, daß das Volksbegehren, das Referendum abgehalten werden muß, um über einen Gesetzentwurf, der unterwegs ist, abzustimmen und auch da kann man nicht sagen, daß es in der Verfassung bereits vorgesehen wäre, denn, wie gesagt, die Verfassung regelt nur, wie Sie wissen, das abschaffende Referendum, die Verfassung als solche, im Art. 75, während in Sardinien Volksbegehren über ein Regionalgesetz, das unterwegs ist, verlangt werden können: esprimere parere prima della loro approvazione su progetti di legge regionali. Wie gesagt, im Aostatal können 3000 Wähler verlangen, eben daß eine Stellungnahme, ein Volksbegehren zu einem auch unterwegs befindlichem Gesetz abgehalten wird und der Regionalrat muß dann innerhalb von sechs Monaten dazu Stellung nehmen. Also, das ist bereits Mitwirkung an dem Erlaß eines Regionalgesetzes, bitte, Mitwirkung an dem Erlaß eines Regionalgesetzes, was in der Verfassung nicht vorgesehen ist. Also dann kann man doch daraus den Schluß ziehen, daß es nicht maßgebend ist, daß in der Verfassung nur das abschaffende Referendum vorgesehen wird, im Artikel 75; nur das abschaffende Referendum ist dort vorgesehen, eine Volksbefragung zwecks Abstimmung über die gänzliche Aufhebung eines Gesetzes, wenn in den Regionen - siehe Aostatal und siehe Sardinien - vorgesehen ist, daß das Volk am Inhalt eines unterwegs befindlichen Gesetzes mitwirken kann. Sonst müßte man ja auch sagen, es ist im Artikel 75 der Verfassung nicht vorgesehen und daher kann auch nicht die Region Sardinien so etwas gesetzlich einführen und vorsehen, obwohl es im Autonomiestatut selber nicht ausdrücklich vorgesehen ist.

Die Regierung selber gibt zu: non sembra desumibile. Daher bin ich der Ansicht, daß der Art. 75, wie gesagt, der Verfassung nicht so ausgelegt werden kann, daß nicht mit Regionalgesetz die Einführung eines Gesetzes durch Volksbegehren geregelt werden kann, denn unser Autonomiestatut spricht nur von Referenden hinsichtlich Regional- und Landesgesetzes ohne es näher zu regeln. Daher kann nicht aus dem Art. 75 der Verfassung geschlossen werden, daß es so etwas nicht geben darf.

Für die gesamtstaatliche Ebene kann man schließen, wenn schon in der Verfassung nur die Abschaffung durch Volksbegehren geregelt ist und nicht die Einführung von Gesetzen, daß das dann für Italien insgesamt gelten dürfte, für Italien insgesamt. Die Regionen haben ihr eigenes Autonomiestatut, haben ihr eigenes Verfassungsgesetz und wenn es aufgrund des Verfassungsgesetzes, das die Region als solche regelt, nicht ausgeschlossen werden kann, so bin ich der Ansicht, daß der Verfassungsgerichtshof hier eben noch Spielraum hat und ich komme zum logischen Schluß, daß es schon einen Sinn hat, einen Beharrungsbeschluß zu fassen, um den Verfassungsgerichtshof vor diese Frage zu stellen, wobei es meiner Ansicht nach nicht ausgeschlossen ist, daß der Verfassungsgerichtshof uns recht gibt, da sich sogar die Regierung, die sicher ihre Rechtsgelehrten hat, vorsichtig ausdrückt, indem sie sagt: non sembra desumibile.

Es dürfte außerdem nicht viel Sinn haben, jetzt im Juni des Wahljahres das Gesetz neu zu verfassen, es anzupassen an die Rückverweisung usw., denn darüber vergeht erstens noch Zeit, höchstwahrscheinlich darüber vergeht der Sommer, dann käme, wenn es wieder zu einer Rückverweisung kommt, diese Legislaturperiode in Frage, um neuerdings darauf zu reagieren. Ich bin der Ansicht, wenn wir weiterkommen wollen mit dieser Initiative, dann hat es nur einen Sinn einen Beharrungsbeschluß zu fassen. Wir können dem Verfassungsgerichtshof nicht sagen, du mußt dich innerhalb September dazu äußern, du mußt innerhalb September ein Urteil fällen, das nicht, aber jedenfalls haben wir dann einen echten Bescheid, wissen wir anhand der bestehenden Verfassung nach Auslegung des Verfassungsgerichtshofes, der ja in dieser Hinsicht ausschlaggebend ist, wie wir dran sind.

In diesem Zusammenhang wissen wir ja, daß eine Verfassungsreform auf dem Weg ist. Inzwischen ist allerdings der Reformentwurf, den die Zweikammernkommission ausgearbeitet hat, abgewiesen worden, ist sozusagen in der Versenkung verschwunden, aber auch die Zweikammernkommission hat, wie wir wissen, einen Bundesstaat vorgesehen gehabt, aber dann hat sie genau das Gegenteil vorgesehen, also ist es ein Rückschritt hin zu einer Verstärkung des Einheitsstaates, aber in dieser Hinsicht hat sogar die Zweikammernkommission gesagt, daß also das Volksbegehren, die Volksinitiative Gesetze herbeiführen kann und nicht nur die Abschaffung von Gesetzen, sondern auch die Neueinführung von Gesetzen. Deswegen bin ich der Ansicht, wenn wir hier mit unserer Frage weiterkommen wollen, daß wir darauf bestehen. Es geht uns ja darum, daß durch Volksbegehren, durch Initiative der Wähler eben ein Gesetz zustande kommen kann, das Volk echt mitwirken kann an der Gesetzgebung, wie es eben in den Nachbarländern, wie ich ja damals ausgeführt habe, in den Schweizer Kantonen der Fall ist. Daß wir also jetzt darauf bestehen. Selbstverständlich wird der Verfassungsgerichtshof aufgrund der bestehenden Verfassung urteilen und nicht aufgrund einer kommenden Verfassung. Die kommende Verfassung sollte genauer sein, sie sollte ausdrücklich so etwas vorsehen. Der Verfassungsgerichtshof wird eben urteilen, daß es nicht zulässig ist. Sogar die Regierung, die ja anscheinend von Haus aus nicht gut darauf eingestellt ist, hat ja Dinge durchgelassen, die gegen Verfassungsgrundsätze verstoßen, Landesgesetze, aber die

Regierung sagt ja: non sembra desumibile, non sembra desumibile, was immerhin sehr viel besagt.

Alles in allem bin ich eben der Ansicht, daß es beim Stand der Dinge, soweit sie jetzt gediehen sind, also Juni 1998, daß es nur einen Sinn hat, einen Beharrungsbeschluß zu fassen. Die Regierung wird dann, wenn sie auf ihrem Standpunkt besteht, dieses Gesetz, wie anzunehmen ist, anfechten und dann wird eben der Verfassungsgerichtshof entscheiden und wir werden sehen, ob man uns mit unserem Artikel 60 nicht doch mehr Spielraum lassen wollte, weil wir eben an die Schweiz und an Österreich angrenzen, wo eben die Einführung eines Gesetzes durch Volksbegehrens zulässig ist. Danke.

### **Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz** **Assume la Presidenza il Presidente Peterlini**

**PRÄSIDENT:** Sind weitere Wortmeldungen in der Generaldebatte? Keine? Dann stimmen wir ab über den Übergang zur Sachdebatte. Wer mit dem Übergang zur Sachdebatte einverstanden ist, möge bitte zum Zeichen der Zustimmung die Hand erheben. Passaggio alla discussione articolata. Chi è a favore prego alzare la mano. Wer mit dem Übergang zur Sachdebatte einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. E' la votazione del passaggio alla discussione articolata della legge di iniziativa popolare. Nachdem wir nicht die Übersicht haben, bitte genauer zu zählen. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Der Übergang zur Sachdebatte wurde genehmigt. 25 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Damit taucht diese Frage auf, die wir vorhin diskutiert haben. Es tut mir leid Frau Abg. Zendron. Ich wiederhole es kurz. Es war das Anliegen der Einbringer, einen Beharrungsbeschluß zu fassen, aber gleichzeitig wurde festgestellt, daß wenn dies nicht möglich sein sollte, daß man es vorzieht, Abänderungen vorzunehmen, lieber als diese Mehrheit zu verfehlen. Angesichts des knappen Abstimmungsergebnisses scheint mir der Fall gegeben zu sein, daß wir einfach jetzt auf die Abänderungsanträge eingehen, wenn niemand eine andere Abstimmung wünscht. Non ci sono opposizioni?

Die aufgeworfene Frage besteht darin, ob jetzt eine Grundsatzabstimmung über den Beharrungsbeschluß zu machen oder nicht zu machen ist, aber angesichts des knappen Ergebnissen...prego cons. Palermo, voleva su questo la parola, prego.

**PALERMO:** Presidente, pongo una questione di carattere procedurale. Ci troviamo di fronte ad un disegno di legge che abbiamo già approvato in Consiglio regionale, ora però si pone il problema della esistenza di alcuni emendamenti al disegno di legge. Il problema che mi pongo è questo: nel momento in cui siamo chiamati a votare gli emendamenti, partiamo dal presupposto che è un disegno di legge che è sottoposto a noi per la prima volta, cioè nel momento in cui non vengono approvati gli emendamenti, il voto che siamo chiamati a dare è quello di riapprovazione articolo per articolo? Non lo so, ho delle perplessità sul procedimento che viene seguito, chiedo che venga spiegato dalla Presidenza.

Il provvedimento che è stato approvato e rinviato è da noi qui esaminato come se fosse un disegno di legge qualsiasi?

**PRÄSIDENT:** Nur um das zu klären. Ein Beharrungsbeschluß hat formale und inhaltliche Voraussetzungen. Die formale Voraussetzung ist, daß es in der Endabstimmung 36 Ja-Stimmen für den Gesetzentwurf braucht, also eine absolute Mehrheit und die inhaltliche Voraussetzung ist, daß es im Inhalt ein Beharren auf dem wesentlichen Teil des Gesetzentwurfes ist, der von der Regierung angefochten worden ist, d.h. wenn der Regionalrat durch Abänderungen den Einwänden Rechnung trägt und damit den Streitpunkt des Gegenstandes aus der Welt schafft oder sonstwie wesentliche Änderungen macht, wesentliche Änderungen - bei formalen, hat die Regierung gesagt, ist das nicht der Fall, aber bei wesentlichen Änderungen, so wie sie hier vorliegen -, dann ist es nicht mehr ein Beharrungsbeschluß, sondern dann geht es nach Rom wie ein normales neues Gesetz mit der Möglichkeit der römischen Regierung es entweder zu zeichnen oder rückzuverweisen, es also nicht beim Verfassungsgerichtshof anzufechten. Die Voraussetzung beim Verfassungsgerichtshof die Prozedur zu beginnen, ist, daß der Regionalrat im wesentlichen, also in dieser Kernaussage, die da beanstandet worden ist, den gleichen Text genehmigt, und zwar mit einer Mehrheit in der Endabstimmung von 36 Ja-Stimmen, absolute Mehrheit der Mitglieder des Regionalrates ist im Autonomiestatut vorgesehen. Das sind die Voraussetzungen.

Wenn wir jetzt ins Meritum der Abänderungsanträge gehen und diese angenommen werden, dann ist die Frage Beharrungsbeschluß ja oder nein durch die Abstimmungen geregelt und gelöst, weil wenn sie angenommen werden, dann heißt das, daß im wesentlichen der Gesetzentwurf abgeändert worden ist und damit die Prozedur ex novo beginnt, d.h. es wird ein Gesetzentwurf, den die Regierung rückverweisen oder genehmigen kann, nachdem der Beanstandungspunkt eigentlich herausen ist. Durch diese Abänderungsanträge, soweit ich es beurteilen kann, ist damit zu rechnen, daß der Gesetzentwurf von Rom genehmigt wird, aus meiner Sicht.

Abg. Benedikter, bitte.

**BENEDIKTER:** Herr Präsident, ich bin nicht dieser Ansicht; der Beharrungsbeschluß besteht ja darin, daß derselbe Gesetzesentwurf vom Landtag oder Regionalrat so genehmigt wird, wie er eben das erstmal nach Rom gegangen ist. Da steht: die Gesetzesvorlagen werden 30 Tage nach der Bekanntgabe beurkundet, wenn die Regierung sie nicht an den Regionalrat oder an den Landtag mit dem Einspruch rückverweist, daß die entsprechenden Befugnisse überschritten werden oder im Gegensatz zu den nationalen oder zu denen einer der beiden Provinzen der Region stehen. Wenn sie - die Gesetzesvorlagen - der Regionalrat oder der Landtag mit Abschluß der Stimmenmehrheit der Mitglieder neuerdings beschließt, die Gesetzesvorlagen bitte, werden sie beurkundet, vorausgesetzt, daß die Regierung nicht innerhalb von 15 Tagen nach der Bekanntgabe beim Verfassungsgerichtshof die Frage der Verfassungsmäßigkeit oder vor den Kammern den Interessengegensatz in der Sache selbst geltend macht. Im zweiten Falle entscheidet der Verfassungsgerichtshof wer



zuständig ist. Meine Frage, denn sonst käme ja ein Streit heraus: was ist wesentlich und was ist unwesentlich. Die Regierung beurteilt die Änderungen als unwesentlich und betrachtet es als einen Beharrungsbeschluß und daher ficht sie eben die Gesetzesvorlage beim Verfassungsgerichtshof an, aber meiner Ansicht nach, so wie wir es bisher ausgelegt und gehandhabt haben, wird der Gesetzentwurf entweder so wie er seinerzeit verabschiedet worden ist, wieder bekräftigt, mit der absoluten Mehrheit, dann ist es ein Beharrungsbeschluß, oder nicht? Wenn er auch, so wie wir es bisher gehandhabt haben, wenn er auch sagen wir jetzt unwesentlich geändert wird, mit Dingen, die sich überholt haben, ein Datum oder so, aber wenn er geändert wird, dann ist es kein Beharrungsbeschluß mehr. So war es bisher.

Das kann ich aus meiner Erinnerung sagen, denn sonst würde ein Streit entstehen. Die Regierung soll das was wir nun ändern als unwesentlich betrachten und in Kraft treten lassen. Ja, entweder oder, denn das Unwesentliche, das da geändert wird, das betrifft ja nicht das, warum es die Regierung rückverwiesen hat. Das Unwesentliche, wenn es unwesentlich ist, ist dann nicht die Grundsatzfrage, sondern eine Nebensache. Bitte, über die Nebensachen kann man dann streiten und Beharrungsbeschluß bedeutet, daß man auf ein Gesetz, das man verabschiedet hat, besteht, ohne Überlegungen. Ja, einiges könnten wir ja zugeben, daß es nicht richtig war, aber etwas anderes nicht. Also, ich bin der Ansicht, entweder oder, entweder wir bestehen auf dem Gesetz oder nicht.

**PRÄSIDENT:** Abg. Palermo, bitte.

**PALERMO:** Presidente mi scusi, ma insisto sulla questione che avevo sottoposto. Sono parzialmente concorde con il collega Benedikter. Mi pare che ai sensi dell'art. 55 ci dovrebbe essere data la possibilità di approvare nuovamente il disegno di legge che ci è stato rinviato dal Governo, questo è il primo punto, quindi a mio parere dovrebbe esserci una preventiva votazione da parte nostra, per verificare se esistano i presupposti per la riapprovazione del disegno di legge così come ci è stato mandato dal Governo.

Nell'ipotesi in cui il Consiglio non sia invece in grado di dare una approvazione al testo con la maggioranza prevista dall'art. 55 dello Statuto e solo in quel caso, a mio parere, si può dare ingresso alla possibilità di emendamenti, perché sia un'altra legge che in questo caso, se verrà approvata dal Consiglio regionale, sarà approvata e valutata per il visto dal Commissario per il Governo, però non sarà più la stessa legge, perché sarà la legge che costituirà il frutto di quel potere emendativo del Consiglio regionale, però prima, a mio parere, dobbiamo procedere alla votazione ex articolo 55, perché altrimenti basta anche cambiare una parola alla legge e verrebbe preclusa la possibilità di applicare l'art. 55.

Desidererei avere la possibilità di esercitare l'art. 55 dello Statuto e cioè di riapprovarlo così com'era, indipendentemente dal fatto che si possa modificare o meno. Si tratta di fare una valutazione semmai preventiva di opportunità o meno, che è quella che avevo sottoposto all'inizio al Presidente del Consiglio, per verificare se vi era, all'interno del Consiglio, la volontà della maggioranza assoluta di riapprovare la legge, nell'ipotesi negativa direi allora di dare ingresso alla discussione di merito.

Comunque mi rimetto al Presidente.

**PRÄSIDENT:** Ich möchte nur eines sagen, was diese unwesentlichen Änderungen betrifft. Da gibt es entsprechende Urteile des Verfassungsgerichtshofes, daß diese sogenannten unwesentlichen Änderungen nichts am Charakter des sogenannten Beharrungsbeschlusses ändern, d.h. wenn wir irgendwo ein Wort ändern, nichts am wesentlichen Kern der Rückverweisung ändern, dann ist das kein Grund um die Prozedur ex novo zu beginnen. Da müßte man schon ein neues Gesetz vorlegen bzw. im wesentlichen das abändern was die Regierung beanstandet hat. Verstehen Sie Abg. Benedikter und Abg. Palermo, wenn ich jetzt sage, ich ändere da irgend eine Kleinigkeit, irgend ein Wort oder irgend einen Termin weiter vorne oder irgend etwas, was nicht Gegenstand des Kerns des Gesetzentwurfes ist, dann ist vom Verfassungsgerichtshof erkannt worden, um den richtigen Terminus in der deutschen Sprache zu gebrauchen, daß das nichts am Inhalt eines Beharrungsbeschlusses ändert. Mit anderen Worten sind die Dinge sehr einfach; wenn wir jetzt Abänderungen vornehmen, den wesentlichen Charakter des Gesetzentwurfes ändern und den Anträgen der Regierung Rechnung tragen, dann brauchen wir keine absolute Mehrheit mehr. Klar? Nicht einverstanden? Abg. Benedikter, was ist?

**BENEDIKTER:** Ich bin der Ansicht, dann bräuchte es für die Hauptbestimmung, für die wesentliche Bestimmung, weswegen er rückverwiesen worden ist, trotzdem einen Beharrungsbeschluß, sonst ist es ja kein Beharrungsbeschluß. Du sagst jetzt ja, der Verfassungsgerichtshof habe gesagt, kleine Änderungen spielen keine Rolle, dann ist es trotzdem ein Beharrungsbeschluß.

**PRÄSIDENT:** Nein, nein, nein, kleine Änderungen spielen keine Rolle und wenn nur kleine Änderungen sind, dann bleibt es trotzdem ein Beharrungsbeschluß, wenn nicht der wesentliche Kern des Gesetzentwurfes geändert wird.

**BENEDIKTER:** Wie gesagt, das ist ein Widerspruch, es ist ein Beharrungsbeschluß und auch dann wenn kleine Änderungen vorgenommen werden, dann muß aber der Beharrungsbeschluß gefaßt werden.

**PRÄSIDENT:** Wir sind uns glaube ich schon einig, ich glaube wir haben eine Verständigungsschwierigkeit.

**BENEDIKTER:** Wie soll denn sonst die Regierung davon ausgehen, daß man auf dem Grundsatz beharrt hat, bitte. Es werden kleine Änderungen vorgenommen und der Gesetzentwurf geht wieder nach Rom und ist kein Beharrungsbeschluß. Also kann er aus demselben Grund wieder rückverwiesen werden. Die Regierung, wenn sie sich selber treu ist, weist ihn wieder zurück, weil in der eigentlichen Sache, weswegen die erste Rückverweisung erfolgt ist, nichts geändert worden ist. Wo ist da die Logik. Dann müßte man also trotzdem einen Beharrungsbeschluß fassen, wenn man auch kleine

Änderungen vornimmt, was irgendwie vielleicht noch logisch wäre, bitte. Entweder oder.

**PRÄSIDENT:** Abg. Benedikter, ich glaube wir haben den Standpunkt sehr deutlich klar gemacht. Ich sehe da nicht die Verständigungsschwierigkeit, höchstens könnte man sie darin interpretieren, daß man sagt: ist das eine kleine oder eine große Änderung gewesen, aber eines ist sicher, daß wenn das Gesetz 36 Ja-Stimmen erreicht, dann ist es natürlicherweise auch bei Änderungen, die wir vielleicht als grundsätzliche Abänderungen beurteilen könnten, möglich, daß es die Regierung an den Verfassungsgerichtshof verweist. Das hängt nimmer mehr von uns ab, ich habe nur gesagt, wenn wir nicht die Mehrheit erreichen und es so lassen wie es ist, dann ist es sicher, daß es kein Beharrungsbeschluß ist, da sind wir uns einig. Bravo, danke schön. Wenn wir es hingegen im wesentlichen abändern, dort wo die Regierung die Einwände gemacht hat und die absolute Mehrheit nicht erreichen, dann kann es die Regierung unter Anbetracht dessen, daß im wesentlichen den Einwänden Rechnung getragen worden ist, genehmigen. Gut, das war eigentlich das was ich vorhin mitteilen wollte. Sind wir uns einig? Fein.

Ich habe Ihnen mitgeteilt, daß ich da die Abänderungen, die die Volksinitiative selbst vorgelegt hat, auch formalrechtlich vorgelegt habe, mit meiner Unterschrift, um dem institutionell Ausdruck zu geben, was die Einbringer tun wollten. Mit diesem Abänderungsantrag sind Anträge von Roberto Pinter, Gasperotti, De Stefani, Chiodi und geichlautend Zendron, Kury vorgelegt worden. Also kann man sagen: Initiativantrag Pinter und andere und Zendron, Kury.

Art. 1, zuerst kommt der Titel.

Emendamento all'art. 1.

a) Prima del articolo 1 e del titolo I (Disegni di legge d'iniziativa popolare) è aggiunto il seguente titolo:

„Titolo 01  
(Finalità della legge)“

b) Prima dell'articolo 1 e dopo il titolo introdotto al punto a) è aggiunto il seguente articolo:

„Art. 01  
(Finalità)“

1. La presente legge ha lo scopo di rendere effettivo l'esercizio delle forme di democrazia diretta in conformità ai principi contenuti nella Costituzione della Repubblica italiana e nello Statuto speciale di autonomia della Regione Trentino-Alto Adige, in particolare in applicazione dell'articolo 60 dello Statuto.

2. Vengono disciplinati mode e forme di presentazione dei disegni di legge di iniziativa popolare, di proposizione dei referendum popolari e delle petizioni al Consiglio della Regione Trentino-Alto Adige e ai Consigli delle Province autonome di Trento e Bolzano.“

Das war eigentlich der ursprüngliche Text, wie er früher schon war, der vom Regionalrat damals nicht genehmigt worden ist.

Deutsch bitte.

DENICOLÒ: Änderungsantrag zu Art. 1

a) Vor dem Artikel 1 und dem Titel I (Gesetzesinitiative) wird folgender Titel eingefügt:

Titel 01  
(Zielsetzung des Gesetzes)

b) Vor dem Art. 1 und nach dem mit Punkt a) eingefügten Titel wird folgender Artikel eingefügt:

„Art. 01  
(Zielsetzung)

1. Dieses Gesetz verfolgt das Ziel, die Ausübung der Formen der direkten Demokratie in Übereinstimmung mit den in der italienischen Staatsverfassung und im Sonderautonomiestatut der Region Trentino-Südtirol enthaltenen Grundsätzen, im besonderen unter Anwendung des Artikels 60 des Statutes, wirksam zu machen.

2. Es wird die Art und Weise der Einbringung der Gesetzentwürfen durch Volksbegehren, der Vorlagen für die Volksbefragung und der Petitionen an den Regionalrat von Trentino-Südtirol und an den Landtag der autonomen Provinzen Trient und Bozen geregelt.“

Eingebracht von Pinter, Gasperotti, De Stefani, Chiodi gleichlautend mit einem Antrag, eingebracht von Kury und Zendron.

**PRÄSIDENT:** Ich eröffne die Debatte zum Änderungsantrag. Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Abg. Kury, bitte. Geheime Abstimmung? Ja, da müssen sich noch andere Abgeordnete melden. Das genügt. Damit ist dem Antrag auf geheime Abstimmung stattgegeben. Prego distribuire le schede. Bitte um Verteilung der Stimmzettel. Wir stimmen ab über den Artikel 01.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRÄSIDENT:** Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	49
Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	25
weiße Stimmzettel:	1

Damit ist der Abänderungsantrag nicht genehmigt.

Nun kommt der Art. 02, immer gleichlautende Pinter, Gasperotti, De Stefani, Chiodi und gleichlautend die Einbringer selbst, vorgelegt von mir, und gleichlautend Zendron, Kury.

Ich lese:

“Art. 02  
(Diritto di iniziativa)

1. Ogni cittadino iscritto nelle liste elettorali per l’elezione del Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige può farsi promotore di disegni di legge nelle materie e nei limiti entro cui la Regione, o la Provincia di appartenenza, hanno potestà di emanare norme legislative.

2. La proposta deve contenere il testo del disegno di legge, redatto in articoli, e deve essere accompagnata da una relazione che ne illustri il contenuto e le finalità.“

**DENICOLÒ:** Dem Artikel 1 wird der nachstehend angeführte Artikel vorangestellt:

Art. 02  
(Iniziativrecht)

Jeder in den Wählerlisten für die Wahl des Regionalrates der Region Trentino-Südtirol eingetragenen Staatsbürger kann die Einbringung von Gesetzentwürfen auf den Sachgebieten und in den Grenzen veranlassen, in denen die Region oder die zuständige Provinz befugt ist, Gesetzesbestimmungen zu erlassen.

Der Vorschlag muß den Wortlaut des Gesetzentwurfes, in Artikel gegliedert, enthalten und einen Begleitbericht umfassen, der dessen Inhalt und Zweck erläutert.

**PRÄSIDENT:** Danke, wer meldet sich zu Wort zu diesem zweiten Abänderungsantrag zum Artikel? Niemand. Damit stimmen wir ab über den Artikel 02. Geheime Abstimmung? Wer schließt sich dem Antrag auf geheime Abstimmung an? Das sind genügend. Damit bitte ich um Verteilung der Stimmzettel. Prego distribuire le schede.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRÄSIDENT:** Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	49
Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	27
weiße Stimmzettel:	2

Damit ist der Antrag nicht genehmigt.

Zum Artikel 1 des rückverwiesenen Gesetzes - 01 und 02 haben wir jetzt behandelt - ist ein Abänderungsantrag des Abg. Willeit, Delladio, Ianieri, Benedikter, Tarfusser, Klotz, Zendron, Gasperotti, Pinter und De Stefani eingebracht worden. Ich verlese ihn, er ist noch beim Fotokopieren, aber er ist einfach zu verstehen:

Le cifre 1000 e 500 sono sostituite con le cifre 500 e 250.

Die Zahlen 1000 und 500 sind durch die Zahlen 500 und 250 zu ersetzen.

Es geht da um die Ladiner. Im Absatz 3 im Artikel 1. Ich erkläre es inzwischen: ...nelle liste elettorali di comuni della provincia di Bolzano ove è parlato il ladino...wird diese Halbierung der Unterschriften gemacht.

**WILLEIT:** Grazie, signor Presidente. La ratio di questa proposta è chiarissima ed evidentissima, occorrono 4 mila sottoscrizioni per una legge regionale o 2 mila per una legge provinciale, corrispondenti ad uno 0,6%, cioè nemmeno l'1% per la Regione e 0,3% per le Province degli aventi diritto alla sottoscrizione. Se riferiamo il diritto alla sottoscrizione del referendum propositivo ai comuni ladini, i mille per la Regione diventano il 7% e per la Provincia i 500 sono il 7%, questo confronto da solo vi dice quanto siamo distanti, quanto sproporzionata è la cifra riferita agli iscritti o agli aventi diritto dell'intera Regione o dell'intera Provincia ed agli aventi diritto, nel secondo caso, delle sole località ladine. Ecco quindi questa riduzione, che comporta un minimo adeguamento della norma nel senso di una più consona cifra degli aventi diritto alla proposta.

**PRÄSIDENT:** Danke für die Erläuterung Abg. Willeit. Meldet sich noch jemand zum Antrag Willeit zu Wort? Er ist sehr klar. Ich habe ihn ja schon erläutert. Es geht um die Herabsetzung der Unterschriften. Scusate, è un emendamento che abbiamo illustrato, prima io e poi il proponente Willeit nel merito. Vuole ridurre il numero delle sottoscrizioni per i referendum regionali da 1500 a 500 e per i referendum provinciali da 500 a 250 per le valli ladine della provincia di Bolzano. Ich kann schon warten bis er verteilt ist wenn Probleme sind. Ich sehe keine Wortmeldungen. Wenn Sie keine Widerstände machen, dann würde ich über diesen Antrag abstimmen.

Wer mit dem Antrag des Abg. Willeit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Geheimabstimmung? Bitte wer schließt sich dem Antrag auf

Geheimabstimmung an. Danke, damit müssen wir die Stimmzettel verteilen. Prego distribuire le schede. Bitte um Stimmzettelverteilung.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRÄSIDENT:** Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben.

Abstimmende:	47
Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	28
weiße Stimmzettel:	3

Damit ist der Abänderungsantrag des Abg. Willeit und andere abgelehnt.

Es liegt keine Abänderung mehr vor, somit bringe ich wie üblich den Gesamtartikel zur Abstimmung, so wie es in der bisherigen Praxis war, ohne ihn zu verlesen. Bitte Abg. Mayr. Ja, wir stimmen ab über den Artikel 1. Geheime Abstimmung ? Prego distribuire le schede. Bitte die Stimmzettel verteilen.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRÄSIDENT:** Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	47
Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	28

Damit ist der Artikel 1 abgelehnt.

Bei Art. 2 ist diese Änderung, die ich verlesen möchte, die die Abg. Pinter, Gasperotti, De Stefani und Chiodi vorgelegt haben und die gleichlautend wie jene von den Abg. Kury und Zendron und natürlicherweise der Einbringer durch meine Unterschrift ist. Ich lese den Antrag vor:

Il comma 2 dell'articolo 2 è sostituito dal presente comma:

“2. Se il Consiglio competente approva il disegno di legge di iniziativa popolare con emendamenti, entro trenta giorni da tale approvazione ciascun elettore potrà farsi promotore di una richiesta di referendum popolare avente ad oggetto il disegno die legge così come originariamente presentato all'Ufficio di Presidenza del Consiglio competente. Vengono sottoposti al referendum sia il disegno di legge popolare originario che la controproposta del Consiglio competente e ogni elettore potrà dichiarare su un'unica scheda:

- se preferisce il disegno di legge popolare al diritto vigente;
- se preferisce la controproposta del Consiglio al diritto vigente;

– quale proposta deve essere ridiscussa in Consiglio se gli elettori preferiscono entrambe le proposte al diritto vigente.

Il disegno di legge approvato dal Consiglio competente può proseguire il suo iter legislativo quando è passato il termine dei trenta giorni senza che sia stata fatta richiesta di referendum popolare.”

Il comma 3 dell’articolo 2 è sostituito dal presente comma:

“3. Il referendum popolare di cui ai commi 1 e 2 ha carattere consultivo ed in caso di vittoria dei favorevoli all’approvazione di una legge il Consiglio regionale o; rispettivamente, il Consiglio provinciale è obbligato a ridiscutere questo disegno di legge. Entro la fine della legislatura il Consiglio regionale o, rispettivamente, il Consiglio provinciale deve pronunciarsi definitivamente sul disegno di legge. Per quanto compatibili si adottano le norme previste per il referendum abrogativo, come disciplinato dall’articolo 8.”

Al comma 3 dell’articolo 2 è aggiunto il presente comma:

“3 bis. Non è richiesta la partecipazione alla votazione della maggioranza degli aventi diritto al voto perché il voto produca gli effetti di cui al comma 3.”

Il comma 3 dell’articolo 2 è sostituito dal presente comma:

“3. Il referendum popolare di cui ai commi 1 e 2 ha carattere decisivo e pertanto, in caso di vittoria dei favorevoli alla legge equivale alla deliberazione del Consiglio regionale o, rispettivamente, dei Consigli provinciali. Per quanto compatibili si adottano le norme previste per il referendum abrogativo, come disciplinato dall’articolo 8.”

Questo è separato che ho letto adesso. E’ una cosa diversa.

Wir kommen zu den anderen drei Abänderungsanträgen, Prot. Nr. 11953/3, 11953/4 und 11953/5 - nicht /6, der wird behandelt, wenn die anderen nicht durchgehen, sonst hat es keinen Sinn. Auf Deutsch bitte:

DENICOLÒ: Änderungsanträge zu Art. 2

Absatz 2 von Artikel 2 wird wie folgt ersetzt:

„2. Falls der zuständige Gesetzgeber den Gesetzentwurf mit Änderungen verabschiedet, kann ein jeder Wähler innerhalb von dreißig Tagen nach Verabschiedung des Gesetzentwurfes einen Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung anregen, die den Gesetzentwurf, so wie er ursprünglich beim Präsidium des Regionalrates bzw. der Landtage eingereicht worden ist, zum Inhalt hat. Der Volksabstimmung unterworfen sind in diesem Fall sowohl der ursprüngliche Gesetzentwurf als auch der Gegenentwurf des zuständigen Gesetzgebers. Jeder Wähler kann auf einem einzigen Stimmzettel erklären:

- ob er das Volksbegehren dem geltenden Recht vorzieht;
- ob er den Gegenentwurf dem geltenden Recht vorzieht;



- welche Vorlage vom Gesetzgeber neu beraten werden soll, falls die Wähler beide Vorlagen dem geltenden Recht vorziehen sollten.

Der im Regionalrat bzw. Landtag verabschiedete Gesetzentwurf kann seinen Gesetzesweg fortsetzen, sobald die Frist von dreißig Tagen verstrichen ist, ohne daß ein Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung gestellt worden wäre.

Weitere Änderungsanträge zum Art. 2:

Absatz 3 von Artikel 2 wird wie folgt ersetzt:

„3. Die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehene Volksabstimmung hat beratenden Charakter, wobei im Falle eines Sieges der Befürworter eines Gesetzes der Regionalrat bzw. der Landtag verpflichtet ist, über diesen Gesetzentwurf neuerlich zu beraten. Vor dem Ende der Legislaturperiode muß der Regionalrat bzw. der Landtag endgültig über den Gesetzentwurf entscheiden. Soweit vereinbar, werden die Bestimmungen über den aufhebenden Volksentscheid angewandt, wie er mit Artikel 8 geregelt wird.

Zu Absatz 3 von Artikel 2 wird folgender Absatz hinzugefügt:

„3bis. Die Beteiligung der Mehrheit der Stimmberechtigten an der Stimmabgabe ist nicht erforderlich, um die Wirkungen laut Absatz 3 zu erzielen.“

**PRÄSIDENT:** Zu diesem Abänderungspaket - das sind diese drei. Abg. Palermo, bitte

**PALERMO:** Scusi Presidente, non riesco più a comprendere il senso della prosecuzione dell'attuale discussione. Non essendo stato approvato il primo articolo, viene a mancare l'istituto cardine e cioè il fondamento della legge che dobbiamo esaminare, cioè se non abbiamo più un quesito referendario, che può essere proposto ciò che veniva stabilito nell'art. 1, se non viene pubblicato nel bollettino ufficiale ciò che viene sempre stabilito nell'art. 1, non è più concepibile che si possa proseguire ad esaminare la legge, visto che viene a mancare il presupposto di tutta la legge.

Quindi a mio parere in qualche modo bisogna uscire fuori da questa situazione e forse l'unica possibilità che a me pare di poter cogliere nel nuovo regolamento è un aggancio all'art. 91, laddove viene prevista la possibilità di un rinvio in Commissione, a meno che non si voglia procedere con inutili votazioni oggi, in quanto anche se venisse approvato il disegno di legge sarebbe monco delle norme fondamentali che sono contenute nell'art. 1. A mio parere l'unica possibilità è quella prevista dal secondo comma dell'art. 91, applicandolo ovviamente subito dopo la mancata applicazione del primo articolo, laddove è scritto: 'se il Consiglio non approva il disegno di legge si considera respinto, a meno che su richiesta di un consigliere esso non decida con separata votazione che il disegno di legge venga rinviato alla Commissione per un riesame.'

A mio parere, indipendentemente da valutazioni politiche che possono essere diverse per ciascuno di noi, l'unico modo per uscire fuori da questa situazione, dopo la mancata approvazione dell'art. 1, è quello di rinviare in Commissione il disegno di legge per un riesame della situazione che si è venuta a creare, altrimenti sottopongo al Presidente del Consiglio comunque la opportunità di una sospensione dei lavori, in quanto mi pare che l'attività sia completamente superflua.

Quindi in primis mi richiamo all'art. 91, secondo comma, se il Presidente ritiene di darci spazio in una interpretazione estensiva, ammettendo che su richiesta di un consigliere ed in considerazione della situazione che si è creata, possa con una votazione del Consiglio decidersi di rinviare alla Commissione il riesame del disegno di legge, o comunque chiedo al Presidente che si sospenda la trattazione dell'ordine del giorno, perché ormai è superfluo l'esame di tutti i successivi articoli, perché la legge non può essere utilmente approvata; utilmente vuol dire con un significato utile.

Il richiamo all'art. 91, secondo comma, è ovviamente chiesto in via estensiva, poi mi rendo conto che non ricorre correttamente, però mi pare che piuttosto che perdere tempo inutilmente, sia necessario uscire da questa situazione con un voto del Consiglio regionale che sospenda la prosecuzione dei lavori.

**PRÄSIDENT:** Abg. Palermo, ich teile Ihre Meinung, daß es Zweifel gibt, aber ich muß Ihnen sagen, daß ich im Zweifel zugunsten der Weiterbehandlung entscheide. Warum? Weil es eine Unterlage gibt. Es ist nicht so, daß es kein Gesetz gibt und somit die folgenden Artikel im luftleeren Raum hängen würden. Es gibt ein Gesetz von den Einbringern über Volksinitiativen und auch über das abschaffende Referendum, wenn ich es so ausdrücken darf, das ist der koordinierte Text, Regionalgesetz vom 16. Juli 1972, Nr. 15 und wenn ein Artikel neu durchgeht, der da innovativ wirkt, dann kommt er da hinein. Ihre Kritik hätte Berechtigung, wenn es noch kein Gesetz gäbe, aber es gibt ein Gesetz, das im Detail die Einbringung von Volksinitiativen regelt, die entsprechende Zahl der Unterschriften und die ganze Prozedur, und es gibt auch ein Gesetz, das genau regelt, wie die Referenden zu handhaben sind. Somit, auch wenn nur ein Artikel durchgeht - es wird dann Aufgabe des Präsidiums sein, es formalrechtlich richtig einzuordnen und den entsprechenden Bezug herzustellen -, jeder Artikel der sozusagen heute durchgeht, ändert das entsprechende gültige, bereits in Kraft befindliche Gesetz. Und ich könnte sagen, daß dieser Gesetzentwurf nun keinen Halt mehr hat, aber im Zweifel glaube ich doch, daß wir die Prozedur durchhalten müssen.

Was die Rückverweisung an die Kommission betrifft, da bin ich im Konflikt mit den Gesetzestermen, die mir vorschreiben, daß ich das innerhalb der eh schon knapper Zeiten zur Abstimmung vorlegen muß. Somit würde ich weitergehen; sind jetzt Wortmeldungen zu diesem Abänderungsantrag - Artikel 2 Absatz 2, 3 und Zusatzantrag. Prot.11953/3, /4 und /5; -/6 nicht.

Wortmeldungen sehe ich keine, dann stimmen wir ab. Geheime Abstimmung? Ich habe gesehen, es sind genügend, die sich dem Antrag anschließen.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRÄSIDENT:** Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	44
Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	27
weiße Stimmzettel:	1

Damit ist dieses Abänderungspaket abgelehnt.

Abg. Pinter - er ist nicht da - ich habe ein prozedurales Problem, weil der Abg. Pinter mit ähnlichen Worten das gleiche vorschlägt was im Gesetzentwurf steht.

Il comma 3 dell'articolo 2 è sostituito dal presente comma:

“3. Il referendum popolare di cui ai commi 1 e 2 ha carattere decisivo e pertanto, in caso di vittoria, dei favorevoli alla legge, equivale alla deliberazione del Consiglio regionale o, rispettivamente, dei Consigli provinciali. Per quanto compatibili si adottano le norme previste per il referendum abrogativo, come disciplinato dall'articolo 8”.

Wortmeldungen zu diesem Abänderungsantrag des Abg. Pinter. Ich wollte ihn bitten, ihn zurückzuziehen, weil er gleichlautend wie der Gesetzestext ist, fast gleichlautend. Oder Abg. Gasperotti? E' il secondo firmatario. Questo testo è praticamente uguale alla proposta di legge. Votando questo naturalmente,... ritirato? Bene, grazie. Si intende ritirato anche da De Stefani, Chiodi e Pinter. Adesso si vota l'articolo 2. Wir stimmen ab über den Artikel 2 des Gesetzes. Geheimabstimmung? Wer schließt sich dem Antrag auf Geheimabstimmung an? Art. 2 des Gesetzes. Das sind genügend. Prego distribuire le schede. Bitte Stimmzettel verteilen.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRÄSIDENT:** Ich darf das Abstimmungsergebnis zu Art. 2 insgesamt bekanntgeben.

Abstimmende:	43
Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	24
weiße Stimmzettel:	3
nichtige Stimmzettel:	1

Damit ist der Artikel 2 abgelehnt.

Jetzt kommt: Gleichzeitigkeit von Gesetzentwürfen. Das ist zwar bereits geregelt, aber da wird es anders geregelt werden, deshalb muß es behandelt werden, ich sage bereits geregelt immer von dem in Kraft befindlichen Gesetz zu den Volksinitiativen. Dazu liegen keine Änderungsanträge vor, deshalb müssen wir über den Artikel 3 nur abstimmen. Geheimabstimmung? Wer schließt sich dem Antrag auf Geheimabstimmung an? Bitte um Verteilung der Stimmzettel. Prego distribuire le schede, si vota l'articolo 3. Grazie. Bitte festzustellen wer für die Geheimabstimmung

ist. Das ist genügend. Die Artikel, die nicht beanstandet worden sind, werden nicht verlesen und nicht diskutiert, sondern nur abgestimmt. Danke.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRÄSIDENT:** Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	43
Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen	26
weiße Stimmzettel:	3

Damit ist der Artikel 3 abgelehnt. Art. 4 (Rinvio governativo) Ohne Debatte, ohne Verlesung kommt Art. 4 zur Abstimmung. Wir stimmen ab über den Art. 4. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. 12 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? Die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? 2 Enthaltung, 12 Ja-Stimmen, der Rest Nein-Stimmen. Damit ist der Artikel 4 abgelehnt.

Es folgt Artikel 5 ohne Verlesung und ohne Debatte. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. 13 Ja-Stimmen. Danke. Wer stimmt dagegen? 23 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? 2 Stimmenthaltungen.

Es folgt der Artikel 6 (Modalità di sottoscrizione) (Art und Weise der Unterzeichnung). Auch das ist ein Artikel, der bereits geregelt ist, aber hier wird er anders geregelt, also stimmen wir ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. 12 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? Die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? 12 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen, der Rest Nein-Stimmen. Damit ist der Artikel 6 abgelehnt.

Artikel 7 (Presentazione del disegno di legge) (Einreichung des Gesetzentwurfes). Er ist auch anders geregelt als im Ursprungstext. Deshalb müssen wir darüber abstimmen. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. 14 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme. 14 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen, der Rest Gegenstimmen. Damit ist der Artikel abgelehnt.

Wir kommen zum Artikel 8. Dazu lag ein Antrag von Abg. Willeit vor, den er zurückgezogen hat. Damit kann ich den Artikel 8 zur Abstimmung bringen. (Initiativrecht) (Diritto di iniziativa referendaria). Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Feststellung der Beschlußfähigkeit. Bitte die Hand oben halten und zählen. Es wird die Beschlußfähigkeit festgehalten. 14 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? Bitte die Hand oben halten. 25 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? 2 Enthaltungen. Dann haben wir insgesamt: 14 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Damit ist die Beschlußfähigkeit gegeben und der Artikel 8 abgelehnt

Es folgt Artikel 9. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. 15 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme? 2 Enthaltungen. Der Rest Nein-Stimmen. Der Artikel ist abgelehnt.

Artikel 10. (Petitionen) Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Cons. Palermo, voleva la parola? Prego.

**PALERMO:** Volevo ripetere quella richiesta che avevo fatto prima, cioè ai sensi dell'art. 91, secondo comma, già ho precisato nel corso della discussione che nel momento in cui non veniva approvato l'art. 1, non aveva alcun senso proseguire nella discussione di una legge che era evidente non potesse essere approvata dal Consiglio.

Ai sensi dell'art. 91, secondo comma, è testualmente scritto:

“Chiusa la discussione generale, il Presidente mette in votazione per alzata di mano il passaggio alla discussione per articoli.

Se il Consiglio non l'approva, il disegno di legge si considera respinto, a meno che, su richiesta di un consigliere, esso non decida con separata votazione, che il disegno di legge venga rinviato alla commissione per un riesame”.

Chiedo al Presidente se è possibile estendere, se non è possibile chiedo che il Presidente esamini questa possibilità.

**PRÄSIDENT:** Wir haben jetzt geprüft, was da übrig bleibt und ob wir eine Endabstimmung machen müssen, auch ob eine Rückverweisung in die Kommission möglich ist. Es gibt keinen einzigen Artikel, den der Regionalrat gutgeheißen hat. Damit ist weder eine Endabstimmung möglich noch eine Rückverweisung, denn ich wüßte nicht was ich an die Kommission rückverweisen sollte und ich wüßte nicht was ich genehmigen sollte. Nehmen wir an ich mache eine Schlußabstimmung und es würde sich zufällig eine Mehrheit für „Ja“ ergeben, dann ist nichts mit „Ja“ genehmigt, weil kein einziger Artikel mehr aufrecht ist. Cons. Gasperotti, prego.

**GASPEROTTI:** Solo brevemente per rilevare una considerazione. La maggioranza ha scelto di bocciare tutti gli articoli, ne prendo atto, chiedo a questa maggioranza se serviva all'Aula bocciare tutto l'articolato invece di bocciare il passaggio alla discussione articolata, è solo una questione di costume e spero che il prossimo Consiglio, che sarà forse più dignitoso e rispettoso delle istituzioni, si comporti di conseguenza. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Penso che abbia ragione. Was soll man machen, so ist es. Damit ist der Gesetzentwurf insgesamt abgelehnt und die Sondersitzung aufgehoben. Wir sehen uns morgen zur ordentlichen Tagesordnung wieder. Um 9.15 Uhr treffen sich die Fraktionssprecher und um 10.00 Uhr tagt der Regionalrat. Ordentliche Tagesordnung: Familienpaket und Rest - alle Überraschungen, die in der Tagesordnung stecken. Danke, die Sitzung ist geschlossen.

(ore 18.46)

## INDICE

### **Disegno di legge n. 57:**

Norme sulla partecipazione diretta dei cittadini all'attività legislativa della Regione Trentino-Alto Adige (rinviato dal Governo)

pag. 2

### **Interrogazioni e interpellanze**

pag. 31

## INHALTSANGABE

### **Gesetzentwurf Nr. 57:**

Bestimmungen zur direkten Beteiligung der Bürger an der Gesetzgebung der Region Trentino-Südtirol (von der Regierung rückverwiesen)

Seite 2

### **Anfragen und Interpellationen**

Seite 31

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI  
VERZEICHNIS DER REDNER**

<b>PINTER Roberto</b> <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	pag.	4
<b>ZENDRON Alessandra</b> <i>(Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	"	5
<b>MORANDINI Pino</b> <i>(Forza Italia - C.D.U.)</i>	"	8
<b>PALERMO Carlo</b> <i>(Gruppo Misto)</i>	"	9-16-17-26-29
<b>DALBOSCO Marco</b> <i>(Gruppo La Rete)</i>	"	10
<b>BENEDIKTER Alfons</b> <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	12-17-18
<b>WILLEIT Carlo</b> <i>(Gruppo Ladins - Autonomia Trentino Integrale)</i>	"	23
<b>GASPEROTTI Guido</b> <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	30